

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

01.08.2022

Inhalt

EWN

1 Die wahren Risiken einer Laufzeitverlängerung <i>Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 31.07.2022</i>	3
2 Rettungsanker Atomstrom? <i>Märkische Oderzeitung - Frankfurter Stadtbote, 01.08.2022</i>	5
3 Gutachten wirft TÜV Süd Befangenheit bei Isar 2-Bewertung vor <i>Bayerischer Rundfunk, 29.07.2022</i>	7

 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung | 31.07.2022 | S. 23

 Auflage: 220.191 | Reichweite: 735.000

 Wolfram König

Die wahren Risiken einer Laufzeitverlängerung

Wer jetzt am Atomausstieg rüttelt, gefährdet auch die sichere Endlagerung von radioaktivem Abfall.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat in Deutschland die Debattenkultur verändert. Das gilt auch für die Atomdebatte. Vor der Befürchtung einer nicht ausreichenden Versorgung mit Gas wird die Forderung nach einem Weiterbetrieb der drei noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke lauter. Die Diskussion über die Sicherheitsreserven dieser Kraftwerke und über den gesamtgesellschaftlichen Preis ihres Weiterbetriebs wird jedoch oft schon im Ansatz durch den Generalvorwurf der Ideologie unterbunden. Auf der Strecke bleibt eine auf wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen beruhende Risikoabschätzung.

Eine solche Abschätzung müsste nicht nur die Sicherheit der Atomkraftwerke berücksichtigen, sondern auch die Entsorgung der radioaktiven Abfälle. In beiden Fällen wären die gesamtgesellschaftlichen Kosten für einen Weiterbetrieb der Anlagen erheblich. Zuerst zu den drei Kraftwerken, die sich noch in Betrieb befinden. Mit Blick auf das Abschaltdatum am Ende dieses Jahres wurde ihnen eine Sonderregelung an einem Herzstück der Sicherheitskultur zugestanden - die Aussetzung der Periodischen Sicherheitsüberprüfung (PSÜ). Sie hätte eigentlich 2019 durchgeführt werden müssen. Welche Bedeutung diese Prüfung für die Sicherheit hat, können wir derzeit in Frankreich sehen. Dort wurde im Rahmen einer PSÜ zunächst in einem Kernkraftwerk eine bis dato nicht entdeckte Korrosion in einem Rohrsystem festgestellt. Ein Bruch in diesem System hätte zu einem Kühlmittelverlust und somit bis hin zu einer Kernschmelze führen können. Dieses Problem wurde daraufhin in anderen Reaktoren ebenfalls festgestellt. Das hat maßgeblich zu dem aktuellen Stillstand von mehr als der Hälfte der französischen Reaktoren beigetragen.

Eine seriöse Sicherheitsüberprüfung dauert rund zwei Jahre. Öffentliche Garantieerklärungen zur Sicherheit der laufenden und sogar der abgeschalteten Kernkraftwerke durch Vertreter einer Sachverständigenorganisation können den höchstrichterlich bestätigten Rechtsanspruch auf eine dynamische Entwicklung

des Sicherheitsniveaus im Falle einer Laufzeitverlängerung nicht ersetzen. Es ist hinlänglich bekannt, dass über einen sogenannten Streckbetrieb von den verbliebenen Anlagen über den nächsten Winter nur ein äußerst begrenzter Beitrag zur Gassubstitution geleistet werden kann. Der hierfür notwendige juristische, finanzielle und organisatorische Aufwand dürfte schon unter Ausblendung der Sicherheitsaspekte nur schwer zu rechtfertigen sein.

Der Krieg in der Ukraine hat uns ein weiteres Risiko vor Augen geführt, das bisher in den Sicherheitsbetrachtungen ausgeschlossen war. Wir haben Livebilder von einem kriegerischen Angriff auf eine Atomanlage gesehen.

Nun zu den radioaktiven Abfällen. Nach der Fukushima-Katastrophe wurde in einem historisch einmaligen Zeitfenster ein Neuanlauf zu deren Entsorgung gewagt. Kernkraftgegner wie Kernkraftbefürworter haben sich nach der Klärung der Grundsatzfrage, dem Atomausstiegsbeschluss im Jahr 2011, auf den Weg gemacht, dieses letzte Kapitel der Atomkraftnutzung in Deutschland gemeinsam zu schreiben. Heute liegt ein sicherer Endlagerstandort weiterhin in großer Ferne.

Mein Bundesamt hat gegenüber dem mit der Standortsuche beauftragten Unternehmen immer wieder den Fortschritt im Verfahren angemahnt, damit der gesetzlich festgelegte Zeitplan - bis 2031 einen Standort gefunden zu haben - eingehalten wird. Bis das Endlager betriebsbereit ist, sind weitere 20 Jahre anzusetzen. Heute muss ich konstatieren, dass ich das Ziel 2031 für nicht mehr realistisch halte. Gleichwohl ist es für die Sicherheit der nachfolgenden Generationen von zentraler Bedeutung, den Weg zu einem Endlager konsequent zu verfolgen. Jetzt Laufzeitverlängerungen zu beschließen, wäre nicht nur eine zusätzliche Hypothek für die Entsorgung. Der mühsam errungene gesellschaftliche Konsens würde auch grundsätzlich infrage gestellt werden.

Die über 60 Jahre andauernde friedliche Nutzung der Kernenergie hat in beiden Staaten Deutschlands hochradioaktive Abfälle angehäuft, die in 16 über die Bundesrepublik verteilten Orten in sogenannten Castorbehältern lagern. Sie können zwar für einen begrenzten Zeitraum die Lagersicherheit gewährleisten. Eine dauerhafte Lösung sind sie nicht. Diese Abfälle werden in rund 1900 Behältern aufbewahrt. Welches große Risikopotential diese Zwischenlager beinhalten, wird durch einen Vergleich deutlich. Die für jeden Behälter genehmigte maximale radioaktive Gesamtaktivität liegt etwa in der gleichen Größenordnung wie die beim Unfall in Tschernobyl freigesetzte Gesamtaktivität.

Wollen wir nach den jahrzehntelangen Debatten um nachhaltiges Wirtschaften, gesellschaftliche Transformation und Generationengerechtigkeit sowie im Hinblick dieser großen ungelösten Aufgaben und des Risikopotentials der Atomkraft wirklich die Tür für die Produktion der gefährlichsten Abfallstoffe der Menschheit wieder aufstoßen? Die Alternative liegt auf der Hand, es ist der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Nutzung von Einsparpotentialen. Ein zwar anstrengender, aber dafür sicherer Weg in die Zukunft.

Wolfram König ist Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung.

Rettungsanker Atomstrom?

Energiekrise Eine politische Debatte über den Weiterbetrieb der verbliebenen drei deutschen Kernkraftwerke ist entbrannt. Aber was würde der bringen? Von Igor Steinle

Derzeit sind noch drei Atomkraftwerke am Netz: Emsland in Niedersachsen, Isar 2 in Bayern und Neckarwestheim 2 in Baden-Württemberg. Nach geltendem Recht müssen die drei Meiler spätestens am 31. Dezember abgeschaltet werden. Darüber ist jedoch eine Debatte entbrannt. Sollten die AKW länger am Netz bleiben?

Ist eine längere Laufzeit möglich?

Ja, sollten die AKW allerdings länger als nur über den Winter weiterbetrieben werden, müsste man bis zum kommenden Sommer neue Brennelemente bestellen. Bis dahin könnte ein sogenannter Streckbetrieb gefahren werden. Dann würden die AKW für einige Monate mit gedrosselter Leistung betrieben, sodass die Brennstäbe länger halten. Der Verband „Kerntechnik Deutschland“ (KernD) warnt allerdings, dass ein reiner Streckbetrieb „nur noch wenig Sinn ergibt“. Ohne eine schnelle Bestellung neuer Brennelemente sei nur ein eng begrenzter Beitrag zur Stromversorgung möglich. Anders als oft behauptet, würde man sich damit nicht unvermeidlich in eine neue Abhängigkeit von Russland begeben, da Brennstäbe auch „von westlichen Herstellern besorgt werden könnten“, sagt der Kerntechniker Thomas Walter Tromm vom Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Dies würde etwa neun bis zwölf Monate dauern. Um einen Weiterbetrieb juristisch abzusichern, müsste der Bundestag, der sich bis September in der Sommerpause befindet, das Atomgesetz ändern.

Wie sicher sind die AKW?

Laut TÜV gehören sie noch immer zu den sichersten der Welt. Einem Gutachten zufolge gebe es keine sicherheits- oder prüftechnischen Bedenken gegen einen Weiterbetrieb des bayerischen AKW Isar 2. Selbst eine Wiederinbetriebnahme von Gundremmingen sei „aus technischer Sicht möglich“, heißt es in dem vom bayerischen Umweltministerium in Auftrag gegebenen Gutachten des TÜV Süd. Ein Rechtsgutachten von Greenpeace wirft dem Prüfverein allerdings eine

„schlampig argumentierende Auftragsarbeit“ vor, die „nicht als seriöse Bewertung anerkannt“ werden könne. Der BUND kritisiert zudem, die Meiler seien nicht ausreichend gegen Hochwasser und Terroranschläge geschützt. So basiere die zuletzt 2009 vorgenommene „Periodische Sicherheitsüberprüfung“ (PSÜ) auf einem Regelwerk aus den 1980er-Jahren, in dem die Unfälle von Tschernobyl und Fukushima nicht berücksichtigt seien.

Kann die Prüfung nachgeholt werden?

Sollten die AKW weiterbetrieben werden, empfiehlt dies Uwe Stoll, Geschäftsführer der GRS (siehe Box). Einer Darstellung von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), sie stünden dann „ein halbes bis drei Viertel Jahr nicht mehr unter Volllast zur Verfügung“, kann er aber nicht folgen: „Da es sich bei der PSÜ zuallererst um Papierarbeit handelt, kann diese betriebsbegleitend durchgeführt werden.“ Offenbar dringen Stolls Argumente aber nicht bis ins Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) durch, wie das ehemalige Mitglied der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) Ulrich Waas – dem zentralen Gremium für Fragen rund um die AKW – jüngst in einem Zeitungsbericht kritisierte.

Was bringt ein Weiterbetrieb?

Erdgas trägt rund zehn Prozent zur Stromproduktion bei. Setzt man länger auf Atomenergie, könnte man also mehr Gas zum Heizen nutzen. KIT-Experte Tromm geht davon aus, dass Atomstrom genug Erdgas ersetzen kann, um jedes Jahr drei Millionen Einfamilienhäuser zu heizen. Manfred Fishedick vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie hingegen ist skeptischer: „Schätzungen zufolge liegt das insgesamt zu erreichende Einsparpotenzial etwa bei rund einem Prozent des deutschen Erdgasbedarfs“, sagt er. Der Grund: Erdgaskraftwerke werden als Spitzen- und Mittellastkraftwerke eingesetzt, oder sie stellen als Heizkraftwerke auch Fernwärme bereit, können also nicht

einfach abgeschaltet werden.

Allerdings gibt es momentan nicht nur eine Gaskrise. „Wir haben gerade eine echte Krisensituation am Strommarkt“, sagt der Bochumer Energieökonom und Regierungsberater Andreas Löschel. Weil in Frankreich mehr als die Hälfte der 56 AKW stillsteht, wegen Schäden oder Revisionen oder auch, weil das Kühlwasser der Flüsse aufgrund der großen Hitze zu warm werde, fehlt in Europa Strom. „Derzeit ist also alles gut, was Strom erzeugt“, so Löschel. Auch Fishedick betont den Aspekt europäischer Solidarität: So wie die Niederlande klären müssten, inwieweit eine Steigerung der Erdgasförderung im erdbebengeplagten Groningen möglich ist, gelte dies auch für deutsche AKW. Mehrere EU-Staaten dringen deswegen darauf, die drei Meiler nicht abzuschalten.

Würden die Energiepreise sinken?

„Prinzipiell würde Atomkraft gegen die extrem hohen Preise helfen“, sagt Löschel. Die Strompreise explodierten gerade, zuletzt kostete die Kilowattstunde fast konstant mehr als 30 Cent, „das ist Wahnsinn“, so der Ökonom. Einen großen Preisrückgang dürfe man aber nicht erwarten.

Gibt es noch genug Personal?

Die AKW-Betreiber haben sich personell auf das Aus 2022 eingerichtet. BMUV und Wirtschaftsministerium gehen deswegen davon aus, dass man nur mit finanziellen Anreizen ausreichend Personal bekäme. KernD und unabhängige Experten geben aber Entwarnung: „Das Stammpersonal des Betriebes ist auch bei anderen Kernkraftwerken, die im Rückbau sind, noch aktiv“, sagt KIT-Atomexperte Sascha Gentes. Die Betriebsmannschaft sei mit der Stilllegung nicht sofort weg, sondern noch Jahre vor Ort tätig.



📺 Bayerischer Rundfunk | 29.07.2022 | S. 17:55 Uhr

👤 Ute Rauscher

🔗 WEBLINK

Gutachten wirft TÜV Süd Befangenheit bei Isar 2-Bewertung vor

Soll angesichts drohender Gasknappheit die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängert werden? Dafür spricht ein Gutachten des TÜV Süd zu Isar 2. Ausgerechnet dem TÜV wird nun Befangenheit vorgeworfen. Widerspruch kommt vom Umweltministerium.

In Deutschland wird derzeit heftig über den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken debattiert. Im Gespräch ist unter anderem die Verlängerung der Laufzeit für den Reaktor Isar 2 bei Landshut. Eigentlich sollte der Meiler, der zu den letzten drei verbliebenen in der Bundesrepublik zählt, zum Jahresende vom Netz gehen.

Mitte Juni war ein Gutachten des TÜV bekannt geworden, welches im Auftrag des bayerischen Umweltministeriums einen Weiterbetrieb des Atomreaktors Isar 2 auch über den 31. Dezember 2022 hinaus sicherheitstechnisch für möglich hält. Auch eine Wiederinbetriebnahme des bereits abgeschalteten Blocks C in Gundremmingen sei "aus technischer Sicht möglich", steht in dem auf den 14. April 2022 datierten TÜV-Gutachten.

Kanzlei wirft TÜV "schlampige Argumentation" vor

Eine Hamburger Rechtsanwaltskanzlei stellt nun die Unabhängigkeit des TÜV bei der Sicherheitsbewertung in Frage. Der Verband sei befangen, schreiben die Hamburger Anwälte in dem 21-seitigen Rechtsgutachten, das BR24 vorliegt und im Auftrag von Greenpeace Deutschland erstellt wurde. Die Gutachter werfen dem TÜV Süd eine "schlampig argumentierende Auftragsarbeit" vor, die "nicht als seriöse Bewertung anerkannt werden könne". Auch ergebe sich der Eindruck, der TÜV lasse geltendes Atomrecht außer Acht.

Weiter heißt es in dem Gutachten, die Bewertung sei "offenbar für den Einsatz als Waffe in der aktuellen Diskussion um eine Laufzeitverlängerung in der politischen Arena bestimmt" gewesen. Der TÜV Süd bescheinige, was der Auftraggeber wünsche. "Unabhängig vom Zustand und ohne Überprüfung der AKW steht für den TÜV das Ergebnis bereits fest", sagt Heinz Smital, Atomphysiker und Greenpeace-Atomexperte. Auch die offenkundig kurze Bearbeitungsdauer des

TÜVs nähere den Verdacht, "dass hier ein Gefälligkeitsgutachten erstellt worden ist", so die Anwälte.

Umweltministerium: Sicherheit hat oberste Priorität

Derartige Vorwürfe weist das Umweltministerium "klar" zurück: "Der TÜV Süd ist einer der renommiertesten und mit Fragen der Kernkraft am besten vertrauten Experten", lautet die Antwort auf eine auf Anfrage von BR24. Die Sicherheit von Mensch und Umwelt habe beim Betrieb der bayerischen Kernkraftwerke "oberste Priorität".

"Bei der Bewertung zentraler und entscheidender Fragen sollte auf die bestmögliche Expertise zurückgegriffen werden. Es ist nicht ersichtlich, woher sich eine höhere Expertise einer Hamburger Rechtsanwaltskanzlei in der Kerntechnik ableitet", teilt das Ministerium mit.

Rechtliche Aspekte seien darüber hinaus in einem eigenen vom Bayerischen Umweltministerium beauftragten Gutachten betrachtet: "Um größtmögliche Transparenz herzustellen und der Öffentlichkeit einen unmittelbaren Eindruck zu ermöglichen, wurden die Gutachten bereits vor einigen Wochen im Internet veröffentlicht."

Aiwanger: "TÜV nicht so parteiisch wie Greenpeace"

Widerspruch kommt auch von Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Zwar sei er selbst kein "TÜV-Experte", aber "auf den TÜV Süd ist wohl überwiegend Verlass", sagte Aiwanger auf BR24 Anfrage: "Bezüglich der Objektivität glaub ich auf alle Fälle, dass der TÜV Süd nicht so parteiisch ist wie Greenpeace."

Der Minister bekräftigte seine Forderung, Atomkraftwerke länger am Netz zu lassen. "Wir brauchen jetzt

diese Laufzeitverlängerung und müssen dann eben ein zweites, drittes oder fünftes Mal prüfen, dass da wirklich nichts passiert.“ Es sei wichtig, einen Sicherheitszustand herzustellen, der es verantwortbar mache, Atomkraftwerke länger laufen zu lassen. “Es wäre derzeit auch nicht verantwortbar, sie nicht ans Netz zu nehmen”, so der Minister.

CSU stützte sich bei Forderung nach Laufzeitverlängerung auf Gutachten

Befürworter einer Laufzeitverlängerung - etwa die CSU - führen das Gutachten des TÜV Süd immer wieder als Beleg dafür an, dass das im Zuge des Atomausstiegs gesetzlich festgelegte Datum gekippt werden müsse.

Weil im Winter das Gas knapp zu werden droht, wird seit Wochen darüber diskutiert, die Kraftwerke länger laufen zu lassen. Die Technikhistorikerin Anna Wendland etwa hatte sich kürzlich im BR24-Interview besorgt gezeigt: “Es ist es eher nicht angebracht, mitten in der Energiekrise und mitten im Winter, 4.200 Megawatt Kernenergieleistung aus dem Netz zu nehmen.”

Im deutschen Strommix macht Atomstrom aktuell noch etwa sieben Prozent aus. Das klinge zwar nach nicht sonderlich viel. Aber der Anteil könne über “Sein oder Nicht-Sein des Stromnetzes entscheiden”, so Wendland. Auch Vertreter von SPD und Grünen hatten sich zuletzt gesprächsbereit gezeigt, zumindest was einen sogenannten Streckbetrieb angeht, also die weitere Nutzung der aktuell verwendeten Brennstäbe über den Jahreswechsel hinaus.

Fachleute halten Atom-Laufzeitverlängerung für nicht notwendig

Mit Blick auf die laufende Debatte um drohende Ener-

gieengpässe im Winter wegen eines Mangels an Erdgas aus Russland betonte dagegen der Greenpeace-Atomexperte Smital: “Die AKW sind ein Sicherheitsrisiko und keine Hilfe bei einem möglichen Gasmangel im kommenden Winter.” Atomkraft sei zu schwerfällig, um Stromspitzen abzufedern. Statt auf mehr Kernkraft zu setzen, müsse es jetzt darum gehen, einen sparsamen Umgang mit erneuerbaren Energien zu erreichen.

Auch Claudia Kemfert, Energieexpertin vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, hält den Einsatz von Atomkraft in Deutschland für nicht notwendig. Der Anteil der Nuklearenergie am deutschen Energiemix mache derzeit gerade einmal knapp sechs Prozent aus. Diese Menge könne problemlos mit anderen Quellen ausgeglichen werden, erklärte die Ökonomin.

Auch Bundesregierung will an AKW-Ausstieg festhalten

Die Bundesministerien für Wirtschaft und Umwelt hatten sich in einer Stellungnahme im März 2022 bereits gegen einen Weiterbetrieb der drei letzten deutschen AKW Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2 ausgesprochen. Eine längere Laufzeit bringe im kommenden Winter keine zusätzlichen Strommengen, stattdessen müssten die AKW umgehend die vorgeschriebene umfangreiche Sicherheitsüberprüfung durchlaufen, lautete damals die Begründung. Zudem sei ein Wiederaufstart der bereits stillgelegten AKW “gesetzlich nicht rechtssicher” und daher ausgeschlossen.

Inzwischen hat das Bundeswirtschaftsministerium weitere Untersuchungen zum Sinn und zu möglichen Risiken einer längeren Laufzeit von Atommeilern angekündigt. Die Ergebnisse sollen in den kommenden Wochen vorgelegt werden.